

sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Wer Enthalt sich? – Die CDU-Fraktion. Damit ist mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf Drucksache 16/13260 angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet.**

Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Ratifizierung des Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung vom 21. März 2016, zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsstaatsvertragsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13377

erste Lesung

Zwischenzeitlich hat Frau Ministerin Schulze erklärt, dass sie die **Einbringungsrede zu Protokoll** geben wird (*Anlage 6*). Das ist auch bereits erfolgt. Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/13377 an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen – oder sich enthalten? – Beides nicht der Fall. Dann haben wir so verfahren und die Überweisung entsprechend **vorgenommen**.

Ich rufe auf:

11 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung der Vollzugsgesetze in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13470

erste Lesung

Herr Minister Kutschaty hat zwischenzeitlich erklärt, dass er die **Einbringungsrede** für die Landesregierung **zu Protokoll** geben wird (*Anlage 7*). Das ist erfolgt. Eine weitere Aussprache ist heute an dieser Stelle nicht vorgesehen.

Damit kommen wir ebenfalls zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/13470 an den Rechtsausschuss**. Der bekommt die Federführung, und die

Mitberatung geht an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Gesetzentwurf ebenfalls an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu überweisen. Auch der geht damit in die Mitberatung. Ist jemand gegen diese Überweisung? – Enthaltung? – Beides nicht der Fall. Dann haben wir so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

12 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kurorte im Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13536

erste Lesung

Eine Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Deshalb kommen wir sofort zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des **Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Kommunalpolitik in Federführung** und in der **Mitberatung** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides nicht der Fall. Dann haben wir so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

13 „Streckungsfonds“ der Landesregierung soll steigende Energiekosten kommenden Generationen aufbürden – Nordrhein-Westfalen benötigt mehr Marktwirtschaft in der Energiepolitik statt schuldenfinanzierte Schattenhaushalte

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13543

Eine Aussprache ist ebenfalls heute nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/13543 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses dann hier im Plenum erfolgen. Ist jemand gegen die Überweisung – oder Enthalt sich an der Stimme? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so verfahren.

Ich rufe auf:

Anlage 6

Zu TOP 10 – Gesetz zur Ratifizierung des Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung vom 21. März 2016, zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsstaatsvertragsgesetz) – zu Protokoll gegebene Rede

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung:

Am 21. März 2016 wurde der Staatsvertrag der Länder über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung von den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterzeichnet.

Mit dem neuen Staatsvertrag wird der 2008 geschlossene Staatsvertrag über die Einrichtung für Hochschulzulassung überarbeitet.

Er regelt weiterhin das zentrale Zulassungsverfahren für die bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengänge Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin und Pharmazie. Und er regelt das Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV), mit dem die Stiftung für Hochschulzulassung die Hochschulen bundesweit bei der Durchführung der Vergabeverfahren der örtlich zulassungsbeschränkten Studiengänge unterstützt.

Die technischen Gegebenheiten, unter denen das Zentrale Vergabeverfahren derzeit läuft, sind veraltet. Daher soll das Zentrale Vergabeverfahren in das DoSV integriert werden. Der neue Staatsvertrag macht dies rechtlich möglich.

Das neue, integrierte Vergabeverfahren wird zu Synergien für die Bewerberinnen und Bewerber, für die Hochschulen und für die Stiftung für Hochschulzulassung führen. Durch die Möglichkeit, auch zulassungsfreie Studiengänge einzubeziehen, wird dieser Effekt noch einmal verstärkt.

Aus der Staatsvertragsnovelle ergeben sich Anpassungserfordernisse für das Hochschulzulassungsgesetz und das Gesetz über die in Dortmund ansässige Stiftung für Hochschulzulassung.

